

Deutschland am Hindukusch verteidigen?

In Afghanistan blühen nach mehr als 15 Jahren Bundeswehrpräsenz nur die Mohnfelder. Ansonsten gibt es Millionen Binnenflüchtlinge und Fluchtbewegungen nach Europa. Mit einem Bruchteil der Gelder für Bundeswehr-Auslandseinsätze wäre Afghanistan heute ein Land mit Wohlstand für alle. **Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben seit 1992 über 21 Milliarden Euro gekostet.** Notwendig wären z.B. in Deutschland: Sanierung von Schulen. Bedarf mindestens 30 Mrd. Euro oder die Elektrifizierung des Bahn-Schiennetzes. Bedarf mindesten 20 Mrd. Euro.

Kindergeldraub bei Hartz-IV-Familien geht weiter

Das Kindergeld wird ab 2019 um 10,00 Euro monatlich auf 204 Euro erhöht. Das ist nicht viel. Aber gleichzeitig behalten CDU/CSU und SPD in der Bundesregierung den Dauerskandal bei, dass Eltern mit Arbeitslosengeld II-Bezug („Hartz-IV“) faktisch kein Kindergeld für ihre Kinder erhalten, da der Hartz-IV-Bezug um das Kindergeld gekürzt wird. Vor allem alleinerziehende Frauen sind die Leidtragenden, und die Armut von gut 2 Millionen Kindern bleibt unverändert. Unglaublich: 49,5 Milliarden Euro – das ist der Betrag, der armen Familien in Deutschland durch die Anrechnung des Kindergeldes auf Hartz IV in den Jahren 2007 bis 2017 weggekürzt wurde. 4,9 Milliarden Euro waren es allein im Jahr 2017. Das hat DIE LINKE im Bundestag herausgefunden. Die BALL: Vom Kindergeld müssen endlich alle Kinder profitieren, vorrangig die ärmsten Familien. Zur Bekämpfung der Kinderarmut ist unverzüglich eine eigenständige Kindergrundsicherung notwendig. Jedes Kind in Deutschland hat in dieser Gesellschaft ein Recht auf Teilhabe.
DGB-Nord Pressemitteilung 11.10.2017

Jetzt 25 Millionen Euro mehr

Für die Ausarbeitung von manchen Gesetzen lassen sich die Regierungsparteien gerne Monate/Jahre Zeit. Wenn es um das eigene Geld geht, dann ist aber Eile geboten. Nach nur 2 Wochen Vorbereitungszeit hat die CDU/CSU/SPD am 15. Juni im Bundestag beschlossen, die Parteienfinanzierung um 25 Millionen Euro zu erhöhen. Hintergrund: Die Stimmenverluste bei der letzten Bundestagswahl haben Löcher in deren Parteikassen gerissen. Also müssen die Steuerzahler ran. Frei nach dem Motto: Wenn Ihr uns nicht wählt, dann müsst Ihr eben bezahlen!

Kommunalwahl 2018 / Barmstedter Linke Liste

Mit fünf Mandaten in der Stadtvertretung

Bei der Kommunalwahl am 6. Mai gab es in Barmstedt erstmals 12 Wahlbezirke; 12 Kandidatinnen bzw. Kandidaten wurden direkt gewählt und 11 zogen über die Liste in das Stadtparlament. Die Barmstedter Linke Liste konnte erstmals zwei Direktmandate erringen, Helmut Welk und Henrik Pünner erhielten in ihren Wahlbezirken die meisten Stimmen. Insgesamt erhielt die BALL 20,5 Prozent der Stimmen und verbesserte sich um 4 %. Damit ist die BALL-Fraktion in der Stadtvertretung jetzt fünf Personen stark. SPD und FWB erreichten ebenfalls fünf Sitze im neuen Stadtparlament, die CDU konnte sechs und die Grünen zwei Mandate erringen. BALL-Vorsitzender Helmut Welk kommentierte das Wahlergebnis folgendermaßen: „Wir bedanken uns für das Vertrauen und die Unterstützung durch 809 Barmstedterinnen und Barmstedtern, die der BALL den Rücken gestärkt und sicherlich unseren kontinuierlichen Einsatz in den vergangenen Jahren honoriert



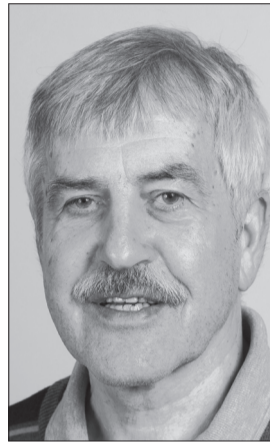
Klaus Kuberzig



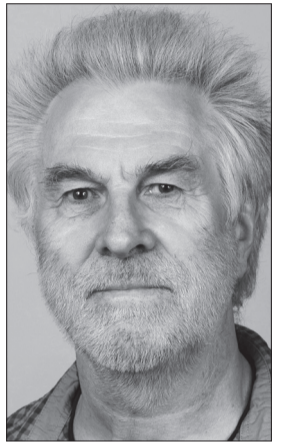
Henrik Pünner



Britt Schölermann



Dr. Günter Thiel



Helmut Welk

haben. Und wir bedanken uns bei allen, die uns aktiv geholfen haben, um das gute Wahlergebnis zu erreichen.“

Bedauerlich ist die geringe Wahlbeteiligung, die bei dieser Kommunalwahl unter 50 Prozent lag. Die Politikverdrossenheit, die dadurch zum Ausdruck kommt, dürfte in erster Linie durch die „große“ Politik verursacht sein, die z. B. Banken mit vielen Milliarden rettet, aber die Städte und Gemeinden trotz vielfältiger und wachsender

Aufgaben am Hungertuch nagen lässt.

Die BALL wird sich in Barmstedt weiterhin für eine soziale, demokratische und ökologische Politik einsetzen, so wie wir unsere politischen Vorstellungen im Kommunalwahlprogramm dargestellt haben.

Britt Schölermann rückt für Herbert Flick in die Stadtvertretung

Herbert Flick, der auf seinen Einzug in die Stadtvertretung zugunsten von Britt Schölermann verzichtete, erklärte dazu: „Ich werde weiterhin in der BALL-Fraktion mitarbeiten und als bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Schule, Kultur und Sport mitwirken. Als die BALL Anfang des Jahres ihre Kandidaten für die Kommunalwahl aufgestellt hat, war leider keine Kandidatin bereit, auf einem der vorderen Listenplätze zu kandidieren. Wir haben dann gemeinsam einen

intensiven Wahlkampf geführt und die BALL-Kandidatinnen haben sehr gute Stimmgebnisse erzielt. Angesichts dieser Entwicklung war Britt Schölermann bereit sich stärker in der Barmstedter Kommunalpolitik zu engagieren, und ich habe gerne meinen Platz für sie in der Stadtvertretung freigemacht. Ich hoffe, dass die BALL-Wählerinnen und Wähler vor diesem Hintergrund meine Entscheidung zur Mandatsniederlegung nachvollziehen können.“

Beschluss der Stadtvertreterversammlung vom 24. April 2018

Straßenausbaubeiträge sind abgeschafft

Auf der Stadtvertreterversammlung am 24.4.18 beschloss auf Antrag der BALL-Fraktion eine deutliche Mehrheit von BALL, FWB und SPD die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge für die Anlieger. Die Straßenerneuerung wird zukünftig wie der Bau von Kindergärten, Schulen oder der Feuerwache aus dem städtischen Haushalt abzüglich der Anteile von AZV und Stadtwerken beglichen. Zugleich wurde die Forderung an die Landesregierung gestellt, dass die Kommunen einen vollen Ausgleich für den



Wegfall der Anliegerbeiträge erhalten. Dies muss spätestens bis 2020 im Zuge der Neueregulierung des Finanzausgleichs mit den Kommunen geschehen. Auf der Stadtvertreterversammlung am 3.7.18 änderten FWB, BALL und SPD dann in Folge des Grundsatzbeschlusses die Straßenausbaubausatzung. CDU und GRÜNE versuchten nochmals vergeblich mit fadenscheinigen Argumenten die seit langem überfällige Entlastung der Bürgerinnen und Bürger zu verhindern.

Bei allen Straßenerneuerungsmaßnahmen, bei denen nach dem 26.1.2018 – dem Tag des Inkrafttretens des neuen Landesgesetzes – die bauliche Schlussabnahme erfolgt, werden die Anlieger somit nicht mehr mit hohen Beiträgen von meist einigen Tausend Euro zur Kasse gebeten. Es ist zu beachten: Entscheidend ist der Tag der Schlussabnahme des Bauprogramms, nicht das Datum

des Rechnungseingangs mit der Zahlungsaufforderung der Anliegerbeiträge.

Somit werden die Anlieger bei allen zur Zeit in Bau befindlichen Straßen sowie bei zukünftigen Straßenerneuerungen von den Anliegerbeiträgen befreit. Davon profitieren viele Besitzer von Einfamilienhäusern, Eigentumswohnungen, aber auch Mieter, bei denen Anliegerbeiträge natürlich mit in die Miete reinkalkuliert werden. Die Stadtvertretung aktualisiert als nächstes den Straßenausbauplan für die nächsten Jahre. Es sollen die Ausbaustandards festgelegt werden und die rechtzeitige Bürgerinformation. Viele Kommunen in Schleswig-Holstein haben inzwischen die Anliegerbeiträge abgeschafft bzw. sind dabei dies zu tun. Letztlich haben die Proteste der Bevölkerung an vielen

Orten gegen das Abkassieren bei der Straßenerneuerung dazu beigetragen, dass auch in Schleswig-Holstein die generelle Verpflichtung zur Erhebung von Anliegerbeiträgen abgeschafft wurde, so wie es in mehreren Bundesländern schon länger der Fall ist.

Info-Coupon:

- Ich interessiere mich für die Arbeit der BALL und wünsche weiteres Info-Material.
- Ich bitte um ein persönliches Gespräch.

Name _____

Vorname _____

Straße _____

Einsenden an: Helmut Welk, Nappenhorn 29 · 25355 Barmstedt

Henrik Pünner
Hauptausschuss



Wegfall der Anliegerbeiträge erhalten. Dies muss spätestens bis 2020 im Zuge der Neueregulierung des Finanzausgleichs mit den Kommunen geschehen.

Kita-Bau verzögert sich

Unerwartet gibt es Probleme bei der Planung der neuen Kindertagesstätte im Neubaugebiet an der Dusterlohe (B-Plan 72 b). Nach rund 16monatiger Standortdiskussion hatten BALL, FWB und SPD im April beschlossen, die Kita für 70 Plätze ebenda zu bauen. Auf mehrere Nachfragen hin wurde seitens der Verwaltung bestätigt, dass die Grundstücksgröße dafür ausreichend wäre. Ende Juni dann

wurde die zu geringe Freifläche sowie zwei weitere kleine Punkte. In der Stadtvertretung bemängelte Klaus Kuberzig (BALL), dass in den von der Verwaltung beim Kreis eingereichten Planungsunterlagen einige Vorschriften nicht beachtet worden waren. Gleichzeitig zeigte er sich

aber auch verwundert über das Ablehnungsschreiben des Kreises. Die meisten Punkte hätten bei einer konstruktiven Diskussion problemlos geklärt werden können. Dies sah auch BALL-Stadtvertreterin Britt Schölermann so und verwies noch einmal auf die Tatsache, dass



Klaus Kuberzig
Ausschuss für
Jugend u. Soziales



der Schock: Die Kreisverwaltung teilte mit, dass eine Genehmigung für den Betrieb der Kita nicht in Aussicht gestellt wird. Bemängelt

die ursprünglich 1.700 qm Fläche mittlerweile auf knapp 1.400 qm geschrumpft seien. Gegen den Widerstand der CDU und der Grünen erhielt die Verwaltung einen Prüfauftrag, um doch eine Genehmigung zu erhalten. Dazu gehört die mögliche Ausweitung des zu bebauenden Grundstücks, die Nutzung der Parkplätze am SSV-Sportplatz und ggf. eine geringe Reduzierung der Platzzahl in der Kita. Diese Vorschläge hatte die FWB eingebracht.

Positiv: Die AWO hat dem von der Stadtvertretung beschlossenen Anbau an ihre Kita am Heederbrook zugestimmt. Hier kann dann eine weitere Gruppe ihr Zuhause finden. Ebenso hat die Diakonie erklärt, dass sie sich die Ausweitung ihrer Kitas durch Anbauten vorstellen kann sowie durch die Gründung einer „Outdoor-Gruppe“. Auch darüber wird zuerst im Sozialausschuss beraten werden.

Dächer werden saniert

Seit einigen Jahren ist der Stadt bekannt, dass an der Albert-Schweitzer-Schule das Dach undicht ist. Die Küche, ein weiterer Raum werden aufgrund der Wasserschäden nicht benutzt, im Flur an der Wand sind die Wasserspuren deutlich zu sehen.



Die BALL-Fraktion hatte zur ersten Sitzung der neugewählten Stadtvertretung sechs Anfragen (siehe www.ball-barmstedt.de) an die Bürgermeisterin

Dr. Günter Thiel
Fraktionsvorsitzender



gerichtet. Diese berichtete, dass bereits 2013 erste Dachschräden aufgetreten waren und eine

Fachfirma die Reparatur versucht hatte – ohne nachhaltigen Erfolg. Seitdem ist das Dach undicht. Immerhin vier Jahre später: 2017 sei dann ein Gutachten zur Sanierung in Auftrag gegeben worden. Dieses sollte Ende 2017 vorliegen..., aber

in dieser Woche soll es dann tatsächlich vorliegen. Da es kein Gutachten gab, regnete es halt einige Jahre durch. Die zuständigen kommunalpolitischen Gremien (Bauausschuss, Schulausschuss) wurden nicht über den Schaden informiert, da

man wegen des fehlenden Gutachtens nicht wusste, wie groß dieser war. Ob die Raumluft ggf. belastet ist, dafür gäbe es keine Hinweise... Dass in der Küche Wassereimer zum Auffangen stehen und Küche und Nebenraum, wo das Wasser in die Elektrik eingedrungen war, nicht benutzbar waren, das sei die Entscheidung der Schule gewesen. Das ist plausibel: Da sich keiner so richtig darum gekümmert hatte, konnte auch niemand die Raumsperre veranlassen haben...

Immerhin ein Lichtblick: Die Bürgermeisterin sagte zu, dass jetzt das Dach provisorisch abgedichtet werden solle, so dass die Küche für die Essenzubereitung der Kinder in der Schulkinderbetreuung demnächst nutzbar sein soll. Weiterhin wird ein Zuschussantrag für das Schulbauprogramm des Landes gestellt, um das Dach zu sanieren.

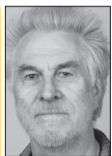
BALL für Lärmmessungen

Am 24.4.2018 schaffte die Barmstedter Stadtvertretung mit den Stimmen von CDU, FWB und SPD den eigenständigen Umweltausschuss ab. Zukünftig sollen die Themen, in dem, in der Vergangenheit schon stark überlasteten, Bauausschuss behandelt werden. Die BALL

und die GRÜNEN kritisierten dies deutlich, waren aber in der Abstimmung unterlegen. Die Mehrheit in der Stadtvertretung erhofft sich durch diese Massnahme offenbar, dass so lästige Themen wie Baumschutz oder der Betriebsstättenlärm und die LKW-Belastung durch die Meierei/Käsefabrik nicht mehr so

viel Beratungszeit im Ausschuss in Anspruch nehmen. Ob diese Wünsche erfüllt werden, wird

Helmut Welk
Bau- und Umweltausschuss



sich in der neuen Legislaturperiode zeigen.

In der letzten Umweltausschusssitzung war der Diplomingenieur Volker Zieger eingeladen, um über die alten Schallgutachten der Meierei/Käsefabrik zu referieren. Er bestätigte noch einmal, dass die vorhandenen Lärmgutachten lediglich Prognosen seien, die an Hand von theoretischen Simulationsmodellen erstellt wurden. Die einzelnen Berechnungsbereiche ließen sich auch anders bewerten, als es in der Vergangenheit vorgenommen worden war. Als

Beispiel nannte er die Geräuschentwicklungen im Bereich der LKW-Waage, die seiner Meinung nach in den Schallgutachten nicht ausreichend berücksichtigt wurden.

Außerdem beruhten sämtliche Prognosen auf Werten, die längst der Vergangenheit angehören. So kann jeder Interessierte auf der Internetseite der Meierei/Käsefabrik nachlesen, dass sich allein die Menge der Rohmilchanlieferung vom Jahr 2000 bis jetzt mehr als verdreifacht hat. Was das für die Geräuschentwicklung auf dem Betriebsgelände bedeutet, kann sich selbst ein Laie leicht vorstellen.

Der Sachverständige betonte abschließend, dass nur Messungen Klarheit über den tatsächlichen, aktuellen Lärmpegel bringen könnten. Die BALL verlangt, dass diese Messungen endlich durchgeführt werden, und die BALL-Fraktion wird dies im Bau- und Umweltausschuss einfordern.



Menschen vor Profite:

Pflegenotstand stoppen!

www.pflegenotstand-stoppen.de

Anlässlich der diesjährigen Gesundheitsministerkonferenz der Bundesländer demonstrierten in Düsseldorf am 20. Juni Tausende Beschäftigte für mehr Personal und bessere Bezahlung in Krankenhäusern und in der Altenpflege.

In der Pflege herrscht seit vielen Jahren Notstand, vor allem fehlt es an ausreichend Personal. Gesundheit und Menschenwürde bleiben so auf der Strecke, viele Pflegekräfte werden durch die Überlastung selbst krank.

Alle Bundesregierungen der letzten Jahre haben eine Politik betrieben, die die Pflege von Menschen der Wettbewerbsfähigkeit und dem Profit unterordnet. Statt eine ausreichende Versorgung sicher zu stellen, wurde die Privatisierung vieler Krankenhäuser und Altenheime durchgesetzt. Das führte zu immer mehr Patienten für immer weniger Personal. Für Krankheits- und andere Ausfälle stehen in den Einrichtungen schon lange keine Ersatzkräfte zur Verfügung. Es müssen Überstunden gemacht werden. Allein in den Krankenhäusern schiebt das Personal einen Berg von 35,7 Millionen Überstunden vor sich her. Das entspricht mehr als 30 Überstunden pro Pflegekraft. Viele halten diese Belastungen nicht mehr aus und verlassen den besonders schlecht bezahlten Beruf. Sie wechseln in andere Berufszweige oder gehen sogar ins Ausland, da es dort bessere Arbeitsbedingungen gibt. Die Bundesrepublik zählt im europäischen Vergleich zu den Schlusslichtern. Eine Pflegekraft betreut bei uns 13 Patienten, in Norwegen 4,5 und in den Niederlanden 6,5 Patienten.

In der Krankenpflege fehlen derzeit über 80.000 Krankenpflegekräfte. Ähnlich alarmierend ist der Personalmangel in der Altenpflege. Hier fehlen bundesweit etwa 63.000 Pflegekräfte. Es besteht also ein dringender Handlungsbedarf. Pflegekräfte, Gewerkschaften und DIE LINKE machen

Druck. Die Streiks und Proteste in den vergangenen Jahren haben immerhin dazu geführt, dass die Bundesregierung im Koalitionsvertrag zugesteht, dass es Probleme gibt. Es ist die Rede von einem Personalschlüssel für die Pflege. Aber das reicht nicht: Es bleibt offen, wie viele Stellen geschaffen werden und wer die Kosten trägt. Wo bisher Zahlen genannt werden, sind sie viel zu niedrig: Die Ankündigung des Gesundheitsministeriums 8.000 zusätzliche Pflegekräfte in der Altenpflege schaffen zu wollen, bedeuten aber nur 0,6 Stellen pro Pflegeeinrichtung mehr.

**Jetzt gilt's:
Druck machen
für gute Pflege**

Damit alles nicht nur eine Tropfen auf den heißen Stein bleibt, muss jetzt mehr Druck auf die Bundesregierung ausgeübt werden. DIE LINKE hat die Kampagne „Mensch vor Profite – Pflegenotstand stoppen“ gestartet. Gefordert werden:

- 100.000 Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger mehr
- Eine verbindliche Regelung in Form eines gesetzlichen Personalschlüssels, der sich am tatsächlichen Bedarf orientiert.
- Mehr Ausbildungsplätze in der Pflege
- Mehr Ärzte, Gesundheitszentren und Hebammen für kürzere Wege und kürzere Wartezeiten.
- Für 40.000 zusätzliche Fachkräfte in den Altenpflegeeinrichtungen
- Eine Erhöhung des Mindestlohnes von 10,55 auf 14,50 Euro für die Altenpflege, um die Berufe attraktiver zu machen.

Weitere Informationen zu der Kampagnen gibt es im Internet unter: gesundheit-soiales.verdi.de oder pflegenotstand-stoppen.de